



KOSTENLOS
Gegenwind
Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

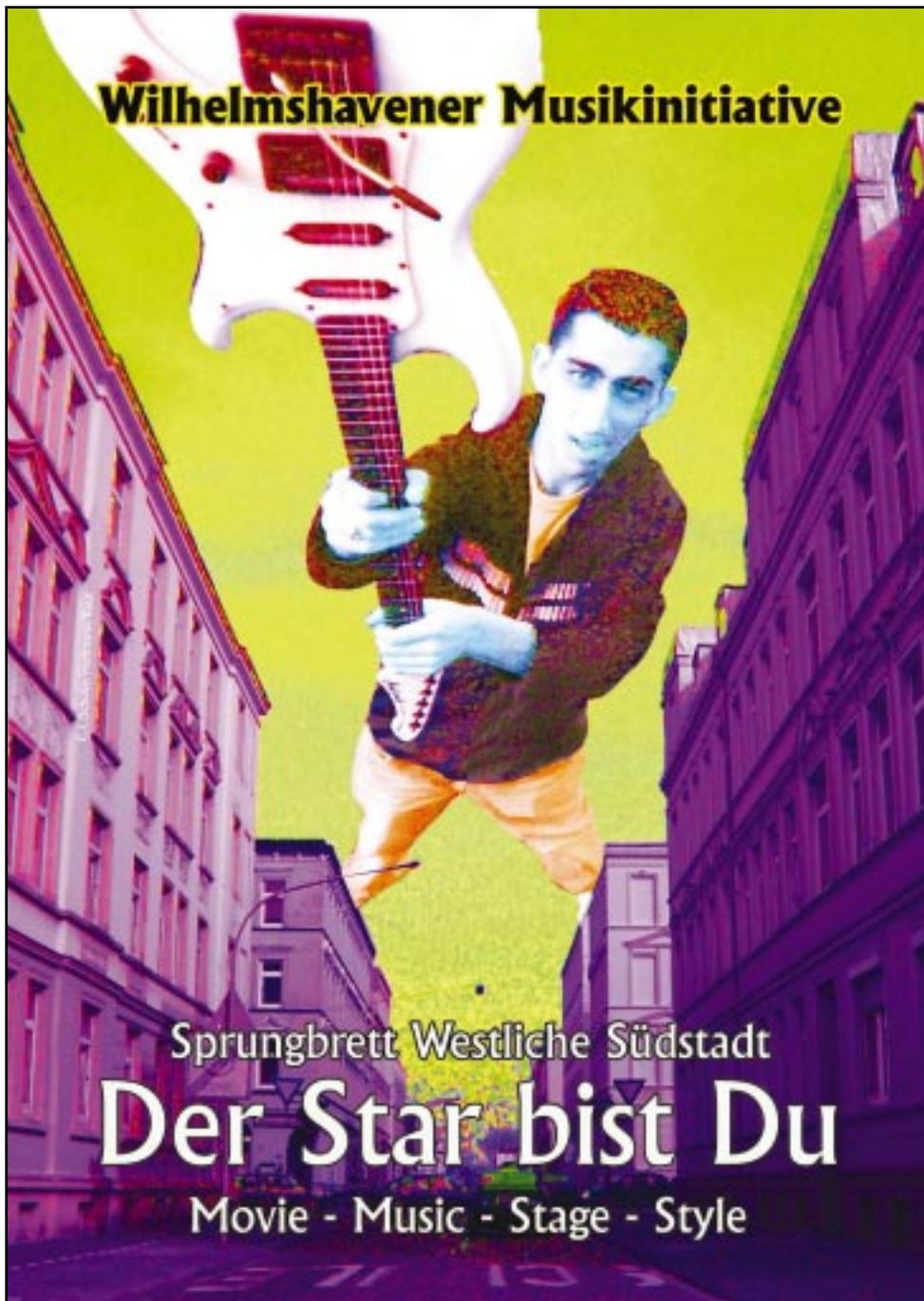
Gegenwind 198

Wilhelmshaven

Mai 2004

Soziale Stadt: LOS!

So langsam werden die Aktivitäten der Sozialen Stadt spürbar.
Seite 2: Neueröffnung Banter Markt - Seite 4: Lokales Kapital für soziale Zwecke



Wilhelmshavener Musikinitiative

Sprungbrett Westliche Südstadt

Der Star bist Du

Movie - Music - Stage - Style

Heraus zum 1. Mai



Auch wenn der 1. Mai in diesem Jahr auf einen Samstag fällt - demonstriert wird dennoch. Der Maiaufruf des DGB auf Seite 3.



Die Arbeitsloseninitiative sagt "Es reicht!" und ist bereit zur Gegenwehr gegen den Sozialabbau. Auf Seite 5 berichten wir, wie die ALI die Gegenwehr organisieren will.

"Buhmann Busemann" heißt es respektlos auf Seite 7. Der Vorsitzende des Stadtelternterates berichtete über eine Sitzung des Landeselternterates. Wir verraten, warum Busemann ein Buhmann ist.

Auf Seite 8 berichten wir über eine Veranstaltung der JadeWeserPort-Gesellschaft. Hintergrund der Veranstaltung war die öffentliche Auslegung der Unterlagen des Planfeststellungsverfahrens ab dem 3. Mai. Auf Seite 9 haben wir zusammengestellt, was die BürgerInnen tun können.

Wilhelmshaven mal wieder in den (negativen) Schlagzeilen: In einer in der Zeitschrift 'Geo' vom Mai veröffentlichten Studie über die "demografische Zukunft der Nation" erreicht Wilhelmshaven den letzten Platz in Niedersachsen. Ist 'Stadtumbau West' das Zauberwort gegen die schlechten Aussichten für Wilhelmshaven? Seite 10.

In dem neu erschienen Buch "Wilhelmshaven - Bant" von Ursula Aljets und dem Arbeitskreis Banter Geschichte geht es um die Entwicklung des Stadtteils Bant. Wir haben es gelesen und berichten darüber auf Seite 11.

meldungen

BiBu blitzt ab

Die Bürgerinitiative Butjadingen (BiBu) hatte die Landesregierung aufgefordert, u. a. schweres Bunkeröl für die Seeschiffe zu verbieten und für den JadeWeserPort einen Versicherungsfonds zu bilden, um Schäden durch Schiffsunfälle erstatten und regulieren zu können. Die Vorschläge wurden abgelehnt, weil das Wirtschaftsministerium dadurch erhebliche Wettbewerbsnachteile fürchtet.

Weiter befürchtet die BiBu negative Auswirkungen für den Tourismus durch den Großhafen. Das Ministerium hingegen glaubt, dass durch den Port die Region wesentlich attraktiver für Gäste wird.

BiBu-Vorsitzender Gerhard Bruns hält die Antwort aus Hannover für zynisch, Schiffsunfälle und Folgen der Industrialisierung für die Deutsche Bucht würden "verniedlicht". Mit "bitterem Nachgeschmack" fasst Bruns zusammen: "CDU, FDP und SPD wollen den Jadeport ohne Wenn und Aber. Wirtschaftsminister Walter Hirche hat am 20.4.04 in der NWZ erklärt, das Projekt sei von überragender Bedeutung und könne auch durch Kritik aus der Region nicht in Frage gestellt werden." Den Geschäftsführer der JWP-Entwicklungsgesellschaft, Helmut Werner, hatte die BiBu auch angeschrieben, aber keine Antwort erhalten.

Am 4. Mai findet in Butjadingen (Burhave) ein Informationsabend der Entwicklungsgesellschaft statt. Bruns: "Die Bürgerinitiative Butjadingen hat bisher keine Einladung erhalten". Natürlich geht er trotzdem hin und ist gespannt: "Hoffentlich kommt das Wort Butjadingen auch einmal vor, immerhin möchte man ja Ausgleichsflächen in Langwarden haben, wenn Butjadingen schon den Schaden hat!" (red)

Banter Markt

Viel Geld wird und wurde in den letzten Jahren im Rahmen des Programms "Soziale Stadt" in den Stadtteil 'westliche Südstadt' - also in erster Linie Bant - gesteckt. Vorläufiger Höhepunkt ist die für eine knappe halbe Million Euro realisierte Umgestaltung des Banter Marktes. Dass der Stadtteil Bant den Stadtvätern teuer ist, darauf wies wortspielend Oberbürgermeister Menzel in seiner Eröffnungsrede am 24. April hin.

Nun haben die Banter also einen neuen Marktplatz. Unvergessenommen betrachtet sieht man nicht, wo das Geld verbaut wurde. Eigentlich sieht er noch genauso aus wie immer. Immerhin wurde er von den Wertstoffsammelstellen und von parkenden Autos befreit. Die Autos stehen jetzt in Parkbuchen rund um den Platz - optisch durch Baumreihen abgegrenzt. Die Wertstoffsammelstelle wurde östlich zur Turnhalle verschoben. Auch die Pflasterung wurde erneuert - so dass es zumindest vorläufig keine großen Wasserlachen geben wird.



**Wollen Sie genmanipuliert essen?
Wir nicht. Darum:**

GENFOOD NEIN DANKE!

Wilhelmshaven, Marktstr. 94, Tel.+Fax: 04421/13438

Titelbild LOS-Projekt Ton-Werk-Stadt

Casting-Termine für Dich und Deine Freunde

jeden Donnerstag von 19.00 - 21.00 Uhr

Wilhelmshavener Musikinitiative e.V.

Banter Deich 8

Tel.: 04421/44699

Arbeitsloseninitiative
Wilhelmshaven/Friesland



Erfolgsstory der Mini-Jobs: Zerstörte soziale Sicherheit

SPD und CDU stritten in den letzten Tagen darüber, wer die Zunahme der Mini-Jobs auf sagenhafte 7,5 Millionen Beschäftigte als Erfolg für sich verbuchen dürfte. Der SPD-Sozialexperte Brandner wertete die prekären Beschäftigungsverhältnisse als "Musterbeispiel, Flexibilität und soziale Sicherheit zu verbinden". Die Freude dieser politischen Modernisierer konnte bei der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland nicht so recht geteilt werden, denn in der ALI denken die meisten Menschen bei "sozialer Sicherheit" tradi-

tionell an die Rentenversicherung, die Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung und die Pflegeversicherung als Säulen des sozialen Netzes in Deutschland. Die Mini-Jobs, also die Beschäftigungsverhältnisse bis zu einem Einkommen von 400,- € im Monat, sind weder in der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Pflegeversicherung noch in der Rentenversicherung beitragspflichtig. Sie schaffen überhaupt keine soziale Sicherheit. Im Gegenteil: Durch die Umwandlung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse in Mini-Jobs wird die soziale Sicherheit zerstört. Dies als Erfolg zu werten, erinnert an die Alchemisten, die aus Dreck Gold machen wollten. (ALI)

TRIANGLE
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Doch welchen Nutzen wird der Banter Markt für die Banter BürgerInnen haben? Jetzt sollen dort wieder größere Wochenmärkte stattfinden und monatlich wird es Flohmärkte geben. Man wird sehen.

Was auffiel, war, dass keine Bänke zum Verweilen aufgestellt sind. Kommt noch? Auch gibt es, abgesehen von den Bäumen am

Rande des Platzes, kein Grün - kein Busch, kein Strauch, kein Baum, kein Beet. Es gibt nichts, was zum Verweilen auf dem Platz einlädt.

Es wird jetzt wohl darauf ankommen, dass die BürgerInnen das Ding irgendwie mit Leben füllen - aber wie?

Ein Fass Freibier spendierte der Oberbürgermeister den erstaunlich zahlreich anwesenden Banter BürgerInnen - nur die Ankündigung, dass er das Fass in Oktoberfestmanier selbst ansticht, bewahrheitete sich nicht. Das überließ der OB dann doch lieber den Profis vom Bierstand. (hk)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180506034419546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgens, Hanne Klöpper (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Arne Schulz, Thorsten Schimming, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;
Druck: Beta-Druck; Auflage: 4.700 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 29.04.2004

**Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de**

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.



Der Wilhelmshavener DGB-Kreisverband zum diesjährigen 1. Mai:

Der 1. Mai 2004 steht dieses Jahr ganz unter dem Thema "Europa". Am internationalen "Tag der Arbeit" werden 10 weitere Staaten der Europäischen Union beitreten. Europa umfasst dann 25 Mitgliedsstaaten, in denen über 500 Millionen Menschen leben. Dieses Europa werden wir Gewerkschaften gestalten. Und zwar nach den Grundsätzen aller fortschrittlichen Bewegungen: Wir stehen für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, die gleich an Würde und Rechten sind, und wir stehen für eine Gesellschaft ein, in der der Wohlstand gerecht verteilt ist. Aus diesem Anlass lautet das Motto unserer diesjährigen 1. Mai-Veranstaltungen:

"Unser Europa - frei, gleich, gerecht".

Viele Menschen haben berechtigte Sorgen angesichts einer anhaltenden Wirtschaftskrise und fort dauernder Massenarbeitslosigkeit. Statt in die Zukunft zu investieren, reagieren marktradikale Politiker und Unternehmer überall mit Sozialabbau und kündigen weitere, noch tiefere Einschnitte an. Immer mehr Menschen werden bei steigenden Belastungen von einem Leben in Würde ausgesetzt. Arbeitgeber drohen erneut offen mit Verlegung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer, wenn Löhne nicht weiter gesenkt und Arbeitnehmerrechte abbaut werden. Viele Unternehmen sehen im Zusammenwachsen Europas einen Vorwand, um soziale und ökologische Dumping-Wettkämpfe zu rechtfertigen.

Wir sind uns mit den europäischen Gewerkschaften einig: Dumping-Wettkämpfe schaden den Menschen und sind kein Weg in eine gute Zukunft Europas. Wirtschaftswachstum, neue Arbeit und

Wohlstand schafft man nicht mit immer neuen Anpassungen an unrealistische Gewinnerwartungen der Konzerne, mit immer höheren Profiten für wenige und sozialen Verwüstungen für viele.

Der 3. April hat gezeigt, dass viele Menschen mit der derzeitigen Politik in Deutschland und in Europa unzufrieden sind. Weit über 500.000 Menschen allein in Berlin, Stuttgart und Köln sind ein klares Zeichen, das Arbeitgeber und Politiker nicht einfach ignorieren können. Wir werden uns weiter einsetzen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Deutschland und in Europa.

Europa, so wie wir es wollen, gleicht die Lebensbedingungen der Menschen Schritt für Schritt auf hohem Niveau an, schafft mehr und humane Arbeitsplätze, stärkt die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sichert Bildung für alle und fördert lebensbegleitendes Lernen, bietet soziale Sicherung in einer gesunden Umwelt, sorgt für Chancengleichheit der Geschlechter, bekämpft Diskriminierung und garantiert die Unabhängigkeit der Gewerkschaften sowie Mitbestimmung und Tarifautonomie in ganz Europa.

Die 1. Mai-Veranstaltung in Wilhelmshaven rund um das Pumpwerk beginnt um 11.00 Uhr. Die Mairede wird dieses Jahr vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei aus Niedersachsen, Bernhard Witthaut, gehalten. Die Gruppe "Blue Tales" gibt im Anschluss Balladen, Blues- und Folkstücke zum Besten. Über 20 Verbände und Organisationen sorgen dabei mit den DGB-Mitgliedsgewerkschaften für ein buntes, informatives Programm mit zahlreichen Infoständen und Aktionen - Spielangeboten und Schminkaktionen für die jüngsten Gäste. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.



Ich möchte sofort ein GEGENWIND-Förderabo!!

Vorname: Name: Straße:

PLZ, Wohnort: Geburtsdatum: Telefon:

Ich bin damit einverstanden, dass der GEGENWIND meinen Monatsbeitrag von Euro (mind. 4 Euro) im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem Konto: Bank: Bankleitzahl:

zugunsten des GEGENWIND-Kontos 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven abbucht.
Ort: Datum: Unterschrift:

Da ich nicht weiß, wo der GEGENWIND ausliegt, möchte ich ihn per Post zugestellt bekommen

Absenden an: GEGENWIND, Adolfstr. 21, 26382 Wilhelmshaven oder eine eMail an: gegenwind.whv@t-online.de

Es ist einiges LOS hier

Soziale Stadt: Im Fördergebiet laufen zehn Projekte

(noa) LOS heißt "Lokales Kapital für soziale Zwecke". Geld aus dem Europäischen Sozialfonds steht zur Verfügung für Kleinstvorhaben, mit denen Menschen beteiligt und Strukturen vernetzt werden. Wilhelmshavens Fördergebiet Westliche Südstadt ist mit zehn Mikroprojekten dabei. Insgesamt 100.000 Euro, die nicht kofinanziert werden müssen, fließen auf diesem Wege nach Wilhelmshaven.

Was kann man als Verein, als Unternehmen, als Einzelperson mit 10.000 Euro auf die Beine stellen? Ein Unternehmen könnte mit dieser Summe eine Halbtagskraft für ein paar Monate beschäftigen, doch das wäre schon alles gewesen. Will man etwas Zusätzliches anstoßen, das ohne diese Förderung nicht möglich wäre, das wie gefordert "im weitesten Sinne beschäftigungswirksam sein und den Zusammenhalt ... stärken" soll, wie es vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend festgelegt ist, kommt man ohne ungewöhnliche Ideen und pfiffige Planung nicht weit mit dieser Summe.

Frauen erhalten Hilfe

Karin Ruckes, Inhaberin der Ruckes GmbH, verwaltet Häuser, einige in der Südstadt. Sie hat bei ihrem Projekt "Aufbau eines Gründerinnennetzwerkes mit Gründungsberatung" die Unterstützung der städtischen Frauenbeauftragten Jutta Niedersen. Das Vorhaben besteht darin, ein Netzwerk von Existenzgründerinnen zu schaffen. Wenn es gelingt, was sie vorhat, dann wird der Zweck von LOS erfüllt, der u.a. darin besteht, "mehr Beschäftigung von unten" anzustoßen.

Sie hat einen Investor dafür gewinnen können, ein Mehrfamilienhaus im Fördergebiet zu erwerben, zu renovieren und darin Gewerberäume entstehen zu lassen. Frauen, die eine Geschäftsidee haben und sich selbstständig machen wollen, können in diesem Haus günstig ein 15 m²-Büro mieten. Alle anderen Räumlichkeiten, die man in einem Betrieb braucht, wie Toilette, Küche usw., teilen sich die Mieterinnen. Einen großen Raum z.B. für einen Yoga-Kursus oder ein Entspannungsseminar benötigt man ja nicht ununterbrochen, den kann eine andere Unternehmerin zu anderen Zeiten für andere Zwecke nutzen.

Frau Ruckes hat sich in Bonn ein ähnliches Projekt angeschaut. Dort teilen sich eine Bürogemeinschaft von Journalistinnen, eine Unternehmensberaterin, eine Mediatorin und andere Freiberuflerinnen ein Gebäude, verfügen über ihre eigenen abgeschlossenen Geschäftsräume und können sich in

den gemeinschaftlich genutzten Räumen jederzeit treffen und austauschen. Dieser Austausch ist es, der aus einer Gruppe von Frauen, die im selben Haus arbeiten, ein Netzwerk macht. Frauen brauchen, so bejaht Frau Ruckes unsere Frage, besondere Förderung. In vielen Fällen ist es so, dass sie bald nach Abschluss einer Ausbildung heiraten, Kinder bekommen, lange Jahre Hausfrau und Mutter sind. Wenn dann die Kinder so groß sind, dass Mutter wieder berufstätig werden kann und will, stehen die Chancen auf eine Anstellung - besonders in strukturschwachen Gebieten - denkbar schlecht. Sie haben während der Familienzeit Talente und Fähigkeiten entwickelt, die auch bei einer Betriebsgründung hilfreich sind. Andererseits führen die Jahre der Ausrichtung auf Kinder und Küche aber auch zu einer Unsicherheit, ob es denn wirklich klappen kann.

Hilfreiche Gründungsberatung ist hier, anders als bei Männern, nicht gleichzusetzen mit Protektion, Seilschaften, guten Tipps und Kreditvermittlung, sondern ist in der Hauptsache das Gespräch mit anderen, die in der gleichen Situation sind.

Bei Frau Ruckes verlief der Schritt in die Selbstständigkeit nicht nach dem klassischen Muster; ihr Kind wurde erst geboren, als sie ihren Betrieb schon hatte. Aber auch sie hätte oft gerne die Möglichkeit gehabt, mit anderen Frauen zu sprechen. Dabei ist es nicht notwendig, dass es Frauen aus der gleichen Branche sind. Die Anfangsprobleme bei der Firmengründung sind in allen Bereichen gleich.

Karin Ruckes und Jutta Niedersen bringen ihre Ideen, ihre Zeit und ihr Engagement für dieses Projekt ein, ohne sich einen Stundenlohn aus den 10.000 Euro zu bezahlen. Das Geld fließt in die Werbung für das Vorhaben und die Präsentation. Ein junger Unternehmer, der eine Internetseite für das Projekt schreibt, erhält hieraus sein Honorar. Die Präsentation auf der Gründermesse am 16. Mai in der Fachhochschule wird einen weiteren Teil der Summe kosten.

"So richtig angefangen haben wir erst kurz vor Ostern mit einer Informationsveranstaltung. Fünf Frauen sind bis jetzt dabei, von denen ich hoffe, dass sie die Möglichkeit des gemeinsamen Hauses nutzen werden." Zur Bedingung kann die Projektträgerin das natürlich nicht machen. Die Frauen, mit denen das Projekt im Moment läuft, vertreten schon ein ansehnliches Spektrum an Dienstleistungen: Fußpflege, Entspannungs-therapie, Büroarbeiten, EDV und Kosmetik könnten bald im Gründerinnenhaus zu finden sein; ein

bisschen was vom Projektgeld wird in Inserate fließen, mit denen weitere Frauen eingeladen werden sollen, auch ihre Geschäftsidee zu verwirklichen und dabei den Austausch und die Zusammenarbeit mit den anderen zu nutzen.

Der Star bist Du

Etwas ganz anderes hat sich die Musikinitiative e.V. für ihr Projekt "Ton-Werk-Stadt" ausgedacht. Es ist ein bisschen schwierig zu beschreiben, weil es in jedem Sinne des Wortes **offen** ist. "Im Rahmeh dieses Projektes soll Jugendlichen die Möglichkeit geboten werden, ihre musikalischen Ideen in die Tat umzusetzen. Es werden Fähigkeiten im Bereich der Veranstaltungstechnik erworben", so wird es im Infoblatt des Stadtteilbüros "Westliche Südstadt" beschrieben. Auch in diesem Projekt ging die Arbeit mit der Zielgruppe ziemlich spät, nämlich Ende März, los. Anders als im vorher beschriebenen Projekt kann man allerdings nicht genau sagen, wer daran teilnimmt. Es sind etwa 10 bis 15 Leute im Alter von 12 bis 20 (oder 30?) Jahren, vielleicht aber auch mehr und vielleicht bis in ein wesentlich höheres Alter hinein, weil "vielleicht ein Film gemacht wird, in der eine Migrantenfamilie aus dem Fördergebiet ihre Geschichte erzählt."

Die Zielgruppe dieses Projekts besteht aus "beregelungsresistenten jungen Leuten", wie uns André Schulze von der Musikinitiative sagt, und da kann man nicht ganz sicher sein, dass die, die bei der Eröffnung des Bantner Marktes am 24. April dabei waren und für den Veranstaltungstechnischen Rahmen sorgten, auch noch dabei sein werden, wenn der Film gedreht wird, ob der Film tatsächlich zustande kommt oder etwas ganz anderes. Das macht aber mit Sicherheit gerade den Reiz dieses Vorhabens aus, und diese Unsicherheit ist für den Projektträger wahrscheinlich das einzige Sichere in seiner Arbeit. Über dieses Projekt werden wir im Juli, nach Beendigung des ersten Durchgangs von LOS, noch einmal berichten.

Hoch professionell

Das Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft hatte dem städtischen Begeleitausschuss zehn Ideen für Kleinstvorhaben vorgelegt. "Integration von älteren Arbeitslosen" ist eines der drei, die ausgewählt wurden. Bewerbungstraining, Betriebskundungen und Vermittlung von Praktika sind Angebote, die für das BNW zum täglichen Brot gehören. Das Besondere hier ist, dass sie sich speziell an ältere Arbeitlose richten. Für diese Zielgruppe gibt es seit Jahren keine Hilfsangebote, obwohl sie täglich größer wird.

Wenn ein Unternehmen Entlassungen vornehmen muss oder will, dann trennt es sich häufig gern zuerst von den älteren Mitarbeitern, die teurer und vielleicht häufiger krank sind. Damit verzichtet es in kurzsichtiger Weise aber auch auf die besonderen Kompetenzen und Tugenden, die diese Kollegen und Kolleginnen bieten. "Leider", wie Herr Heidenreich vom Projektträger BNW sagt, denn: Untersuchungen zeigen, dass in Gebieten, in denen die Älteren nicht in Scharren entlassen werden, die Betriebe auch nicht reihenweise eingehen.

Zunächst könnte man denken, dass hier die Kausalität anders herum läuft: In einem wirtschaftlich blühenden Gebiet geht es den

www.patch-n-quilt.de
mit Onlineshop



Marktstraße 21
57258 Freudenberg

Fon: 02734- 436 888
(tagl. 15-18 Uhr)

Fax: 02734- 435 620

e-mail: info@patch-n-quilt.de

Alles für
Patchwork
und Quilts,
Stoffe, Zulieferer,
Viere, Schablonen,
englische und französische
Bücher und Fachzeitschriften,
individuelle Beratung,
Kurse, Workshops, Fertigpackungen,
Dynamisches Rüsche-Stevens-Design

Betrieben gut und sie müssen niemanden entlassen. Es stimmt aber auch umgekehrt: Ältere Mitarbeiter, die schon lange dem Betrieb angehören, verkörpern Verlässlichkeit und Seriosität, sorgen für Kundenbindung und damit für Stabilität des Geschäftserfolges.

Die Berufs- und Lebenserfahrung älterer arbeitsfähiger Leute nutzbar zu machen, bevor diese gänzlich resignieren oder sich in ihrer Arbeitslosigkeit notgedrungen häuslich einrichten, ist ein Vorhaben, das, wenn es gelingt, beiden Seiten nützt.

Im Fördergebiet Westliche Südstadt scheinen sich allerdings viele ältere Erwerbslose irgendwie eingerichtet zu haben. Laut Herrn Heidenreich hält der Ansturm auf das Projekt sich in Grenzen. Vier bis fünf Menschen sind es, die dieses Angebot bislang nutzen. Jedoch: Wenn auch nur einer oder eine von ihnen als Ergebnis des Projekts wieder in bezahlte sinnvolle Arbeit kommt, haben sich die 10.000 Euro schon amortisiert.

“Organisationsberatung für Institutionen und Vereine”, ebenfalls vom BNW, hat zum Ziel die “Optimierung von vereininternen Arbeitsprozessen sowie die Verbesserung des betriebswirtschaftlichen Know-hows. ... Das Projekt wird von einer erfahrenen Unternehmensberaterin begleitet.” Unternehmensberatung gehört in der Wirtschaft seit Jahren zum Standard, doch welche “Non-Profit-Organisation” kann sich so etwas schon leisten? Die Honorare von Unternehmensberatern sind so hoch, dass Herr Heidenreich sie schon gar nicht mehr “Honorar”, sondern “Gage” nennt. Dabei haben Vereine oft dieselben Probleme wie Wirtschaftsunternehmen: Kommunikationsstörungen sorgen dafür, dass Arbeit doppelt oder gar nicht gemacht wird, mangelnde Kenntnisse in der

Kassenführung kosten trotz großen ehrenamtlichen Engagements überflüssigerweise Geld und und... In diesem Projekt wird unmittelbar an den Problemen gearbeitet: Vertreter mehrerer Vereine treffen sich, berichten von ihrer Arbeit und den dabei unvermeidlich auftauchenden Problemen und lösen sie gemeinsam mit professioneller Hilfe.

Böse Zungen behaupten, mit dem dritten Projekt des BNW würde der Projekträger nur eine schnelle Mark machen. Bei der “Qualifizierung im Bereich Medien- und Öffentlichkeitsarbeit” geht es nämlich um die “Darstellung und Dokumentation der im Rahmen von LOS durchgeführten Projekte. Presseartikel werden verfasst, eine Website wird erstellt, Kurzfilme werden gedreht, etc.” Ein Projekt also, das nur durch die anderen Projekte bestehen kann. Aber warum auch nicht? Die anderen Projekträger haben mit ihrem Vorhaben so viel Arbeit, dass sie vielleicht nicht gleichzeitig dazu kommen, ihre Arbeit von Anfang bis Ende zu dokumentieren, und wenn LOS vorbei ist, machen sie wahrscheinlich andere Sachen und schreiben nicht unbedingt auch noch auf, was sie im Rahmen des Projektes alles bewegt, gelernt, erreicht und erfahren haben, und diese Erfahrungen sind anderen nicht mehr zugänglich. Die Teilnehmer an diesem Dokumentationsprojekt erwerben dabei einige Fähigkeiten und Fertigkeiten, die sie zwar nicht mit einem Diplom oder Zertifikat als Berufsausbildung nachweisen können, die ihnen aber in fast jedem beruflichen Feld von Nutzen sein werden.

Das sind jetzt erst fünf der insgesamt zehn Mikroprojekte im Rahmen von “Lokales Kapital für soziale Zwecke”. Im nächsten Gegenwind werden wir über die anderen Vorhaben berichten.

kommentar

“Geldvernichtungsmaschine”?

Wir hören von einem Kommunalpolitiker, dem wir so etwas eigentlich nicht zugetraut hätten, er halte es für uneffektiv und falsch, für so etwas wie LOS Steuergelder zu verbraten. Und ein Wilhelmshavener Geschäftsmann soll die LOS-Projekte gar als “Geldvernichtungsmaschine” bezeichnet haben.

Es sei beiden wärmstens versichert: Ihnen wird durch diese Projekte nichts weggenommen! Das Geld für LOS stammt aus dem Europäischen Sozialfonds. Diese 100.000 Euro wären auf einem anderen Wege als diesem nicht nach Wilhelmshaven geflossen.

Und: Diese Projekte wären ohne LOS ziemlich sicher nicht zustande gekommen. Weder hätte Frau Ruckes es sich leisten können, neben ihrer Freizeit auch noch das Geld für “ihr” Netzwerk aufzubringen, noch hätte das BNW gerade für ältere Arbeitslose oder für Vereine ein Angebot schaffen können, weil dafür niemand Fördergelder ausschüttet.

Selbst wenn das eine oder andere Projekt “in die Hosen” ginge und gar nichts Bleibendes daraus entstünde, hätte es sich für Wilhelmshaven gelohnt, sich an LOS zu beteiligen. “Wir haben das Recht auf Fehler”, diesen Satz brachte Quartiersmanager Stahlhut aus Berlin, wo die Regiestelle für das Gesamtvorhaben sitzt, mit.

Na, Gott sei dank!

Anette Nowak

Es reicht!

Die Arbeitsloseninitiative ist bereit zur Gegenwehr gegen den Sozialabbau

(noa) Nur knapp 30 Menschen, nicht einmal halb so viele wie sonst, waren bei der letzten Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland am 13. April. Lag es daran, dass viele glaubten, die ALI mache Osterurlaub, lag es daran, dass man am Dienstag nach Ostern eher ein Montagsgefühl hatte, oder lag es daran, dass die “WZ” den Termin nicht angekündigt hatte?

Und woran lag es, dass die “WZ” den Termin nicht ankündigte? Die entsprechende Pressemitteilung hatte sie pünktlich bekommen. Darin hieß es u.a.: “Aus Regierungskreisen ist immer wieder zu hören, dass der Sozialstaat nicht mehr zu finanzieren ist und radikal umgebaut werden muss. Dieser Umbau geht leider nur zu Lasten derjenigen, die schon heute kaum noch einen Cent in der Geldbörse finden, und zu Gunsten von Billiglohnjobs. Die Proteste gegen diese Politik waren am 3. April 2004 eindrucksvoll. Viele Menschen sind mit diesem Vorgehen der Regierung nicht mehr einverstanden. Aber was kommt danach? Welche Alternativen gibt es für die Menschen? Ist die Demontage des Sozialstaates noch zu verhindern?” Werner Ahrens von der ALI mutmaßte gegenüber dem GEGENWIND, dass die “WZ” den Hinweis auf die großen Demonstrationen des 3. April nicht abdrucken möchte.

Den Schwung dieser Demonstrationen - an der in Berlin hatten sich auch viele Wil-

helmshavenerInnen und FriesländerInnen beteiligt - will die ALI nicht verpuffen lassen. Es sollte deshalb diesmal kein Referent zu einem aktuellen Thema sprechen, wie es in vielen vorangegangenen ALI-Monatsversammlungen der Fall war, sondern die Mitglieder der ALI sollten dafür gewonnen werden, sich über ihre eigenen Reihen hinaus mit anderen Organisationen zusammen gegen die Demontage des Sozialstaates zu wehren.

DGB-Sekretärin Dorothee Jürgensen war dazu eingeladen. Günther Kraemmer, der Vorsitzende der ALI, gab nach einem kurzen einleitenden Statement, in dem er an die Berlin-Demonstration erinnerte und aus einem alten Biermann-Lied zitierte (“Das kann nicht alles gewesen sein, da muss doch noch was kommen”) das Wort an Dorothee Jürgensen.

“Wenn ich höre, dass am Tag der Demonstration ein Politiker sagt, alle Gewerkschaftsfunktionäre gehören ausgetauscht, oder wenn Schröder an diesem Tag betont,

dass er selber bestimmt, wann er zurücktritt, dann zeigt das, dass die Regierenden die große Empörung bemerkt haben.” Allerdings, so Jürgensen, werde ein Aktionstag mit Großdemonstrationen an drei Orten nicht ausreichen, damit die “Deformen” - denn Reformen des Sozialstaates, wie die Regierung es nennt, sind es nicht - zurückgenommen werden, sondern: “Wir werden einen langen Atem brauchen.”

“Unser Europa - frei - gerecht - sozial”, so wird das Motto der Mai-Veranstaltungen lauten, denn, so erklärte Dorothee Jürgensen, in allen europäischen Staaten gibt es bei jeder Einschränkung den Fingerzeig aufs Nachbarland: “Die haben es ja schon, also machen wir es schlimmer.” Dabei werde den Gewerkschaften vorgeworfen, sie sagten zu allem nur “Nein”, hätten aber keine konstruktiven Vorschläge. Überall werde gespart, außer bei den Reichen; die aber seien es, die nun zur Kasse gebeten werden müssten, und deshalb fordert der DGB die Einführung der Vermögenssteuer.

Der DGB wird nach dem 1. Mai Kontakt aufnehmen zu den Sozialverbänden, zu Kindergärten, Schulen und weiteren Institu-

Weiter nächste Seite

Ohne Moos nix los?

Bei uns wird getauscht und nicht bezahlt

Tauschring Wilhelmshaven

Kontakt-Tel. 04421 23339

<http://www.tauschring-whv.de>

Fortsetzung "Es reicht!"

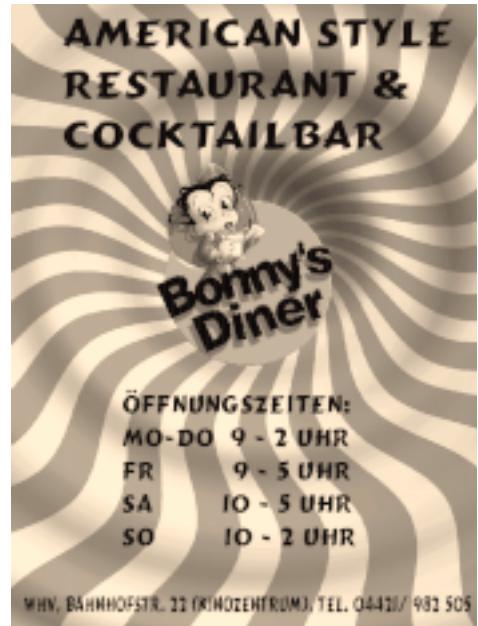
nen und Organisationen, um ein breites Bündnis gegen den Sozialabbau herzustellen. Auf Niedersachsen-Ebene gibt es ein solches Bündnis schon und ist schon seit fast einem Jahr tätig. Um wirkungsvoll aufzutreten, muss es auch lokale Bündnisse geben, die nicht nur in Saalveranstaltungen, sondern auch mittels Innenstadtaktionen den Protest ausdrücken und immer mehr Menschen einbeziehen können.

Eigentlich war Jürgensens Rede gar nicht nötig, um die versammelten ALI-Mitglieder zum Aufstehen gegen den Sozialabbau zu motivieren. Besonders diejenigen, die in Berlin waren, sind schon einen Schritt weiter. Sie zehrten noch von dem guten Gefühl, mit so vielen anderen Menschen zusammen auf der Straße gewesen zu sein und ihre Forderungen zu Gehör gebracht zu haben. "Die Demonstrationen waren organisiert, aber jetzt muss ich morgens wieder alleine aufstehen", so formulierte ein Teilnehmer den

Wunsch nach Organisation, und ein anderer sprach davon, dass "Öl ins Feuer" gegossen werden muss, bevor die Flamme wieder verlischt. Warum erst nach dem 1. Mai Kontakt aufgenommen werden solle zu anderen Organisationen, wurde mehrfach gefragt - man solle doch besser schon zum 1. Mai begonnen haben, das Bündnis aufzubauen.

Anfang Februar gab es ein Treffen zur Gründung eines Sozialforums. Damals waren es nur vier Personen, die sich in der Evangelischen Familienbildungsstätte einfanden, um erst einmal zu überlegen, was sie tun könnten, um mehr Menschen zusammenzubringen. Sie beschlossen, sich über die Aktionen anderer Sozialforen zu informieren und dann einen weiteren Versuch zu starten.

Die Gründung eines Sozialforums durch den DGB, die ALI und weitere Verbände mit ihren Möglichkeiten, viele Personen zu erreichen und zu mobilisieren, ist ein Schritt, der weit mehr Erfolg verspricht.



Anzeige

Wir informieren dieses Mal über die Sozialforen, die sich überall gründen, da wir daran Interesse haben, dass auch in Wilhelmshaven demnächst so ein Forum entsteht. Dieses könnte helfen, den Sozialkürzungen der nächsten Jahre etwas entgegenzusetzen.

Offene Räume

Sozialforen im Gründungsfeuer

Porto Alegre war der Anfang, Genua, Florenz, Paris und Mumbai die Fortsetzung. Inzwischen haben die Sozialforen auch Deutschland erreicht. Der folgende Beitrag befasst sich mit Konzepten, Ansprüchen und Wirklichkeit.

Die globalisierungskritische Bewegung hat bisher wenig festere Formen hervorgebracht. Teilweise nutzt sie etablierte Organisationen und Einrichtungen, von Gewerkschaften bis zu besetzten sozialen Zentren. Die Sozialforen sind daher eine der wichtigsten strukturellen Neuerungen.

Ein Sozialforum ist weder als Organisation noch als feste Struktur, sondern als offener Raum konzipiert. Sozialforen wollen die oft isolierten Kämpfe gegen einzelne konkrete Probleme zusammenführen und wenn möglich bündeln. Neben Einzelpersonen soll sich ein möglichst breites Spektrum von sozialen Bewegungen und linken Organisationen hierarchiefrei austauschen und vernetzen: GewerkschafterInnen, MigrantInnen, ChristInnen, FeministInnen, Obdachlose, radikal Linke etc. Politischen Parteien oder ihren Gliederungen ist eine Mitarbeit verwehrt, Einzelmitgliedern hingegen steht sie offen. Damit soll verhindert werden, dass Sozialforen zu Partei-Vorfeldstrukturen verkommen oder durch Machtpolitik gelähmt werden. Sozialforen dienen ganz wesentlich auch der lokalen Verankerung globaler Kämpfe. So entwickeln sich die italienischen Sozialforen Anfang

des vergangenen Jahres zu lokalen Koordinierungsstellen für Aktivitäten gegen den drohenden Irak-Krieg. Nachdem zunächst in Städten wie Tübingen schon vor mehr als einem Jahr Sozialforen gegründet wurden, lässt sich in Deutschland jetzt ein Gründungsschub beobachten. Knapp 30 konstituieren sich gerade oder existieren seit kurzer Zeit. Ein wesentlicher Anstoß dazu ging vom zweiten Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre aus. Dort wurde die Kontinentalisierung und Regionalisierung des Sozialforumsprozesses aus der Erkenntnis heraus angeregt, dass die Bewegung eine lokale Praxis braucht, um zu wachsen und längerfristig Bestand zu haben, aber auch, um tiefer greifende Änderungen möglich zu machen. Im Folgenden bildeten sich sowohl das Europäische Sozialforum (ESF) als auch ein Asiatisches und Amerikanisches Sozialforum.

Das Genueser Forum gilt als gelungenes Beispiel für die Arbeit eines Sozialforums. Hier fand sich neben zahlreichen Einzelpersonen ein weites Spektrum der italienischen Bewegungslandschaft zusammen: Von NGOs und katholischen Organisationen über Teile der Gewerkschaften und Rifondazione Comunista bis hin zu den Tute Bianche, insgesamt mehrere hundert Organisationen. Angesichts der unerwartet heftigen staatsterroristischen Attacken auf die G8-Proteste im Sommer 2001 reagierte das Forum erstaunlich souverän. Die zahlreichen Versuche, das Forum entlang der Gewaltfrage zu spalten, wurden im Konsens abgewiesen. Solche Einigkeit ist längst nicht selbstverständlich. Die Aktivitäten gegen den EU-Gipfel Anfang März in Barcelona beispielsweise wurden neben dem Foro Social de Barcelona wesentlich von der campanya contra l'europa del capital i la guerra organisiert.

Ob in und durch Sozialforen jene Dynamiken entstehen können, die gesellschaftliche Veränderungen erst möglich machen, dafür lohnt ein Blick nach Italien. In größeren Städ-

ten wie Mailand und Rom nehmen Tausende von Menschen an den Versammlungen teil. Mittlerweile zeichnen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Sozialforen kleiner und großer Städte ab. In kleineren Städten ist die Verbindung global - lokal leichter herzustellen. Kontakte zwischen AktivistInnen, Bevölkerung und lokalem Staat sind oft direkter, was sich beispielsweise positiv auf den vielerorts geführten Kampf gegen die Privatisierung von Wasserwerken auswirkt. Viele der städtischen Foren sind hingegen parteipolitisch oder gewerkschaftlich dominiert und hauptsächlich damit beschäftigt, Straßenproteste oder Debatten zu organisieren. Mittlerweile hat sich auch hier der Graben zwischen traditioneller, auf Wahlen orientierter linker Politik und der Sozialforumsbewegung vertieft.

Ähnliche Entwicklungen ließen sich beim zweiten ESF vergangenen November in Paris beobachten. Die einen wollen das Forum stärker institutionalisieren und professionalisieren. Dabei spielen auch - allerdings unterschiedlich geartete - machtpolitische Erwägungen eine Rolle. Auf der anderen Seite betonen verschiedene Kräfte den offenen Charakter des Forums und die Autonomie der Bewegungen. Zu den ersten zählen verschiedene Parteien unterschiedlichster Couleur, Teile von attac und einige NGOs, zu den letzteren u.a. FeministInnen, Sans Papiers, Arbeitslosenvereinigungen und radikale Basisbewegungen. Daraus lässt sich allerdings nicht auf eine Flügelbildung schließen. Differenzen und Übereinstimmungen beispielsweise in der Haltung zum Sozialstaat oder zur EU verlaufen quer zu dieser Konstellation und teilweise auch quer durch die einzelnen Bewegungen.

Aus: analyse+kritik 482 (www.akweb.de) von Steffen Vogel (gekürzt)

analyse+kritik
ak - zeitung für linke debatte und praxis

Treffen der WALLI:

Jeden 1. u. 3. Dienstag im Monat um 20.00 Uhr in der Gaststätte "Am Kreuzelwerk"
Freiligrathstr. 432, WHV

WALLI

Wilhelmshavener Alternative Liste
Tel./Fax: 04421 879249
Internet: walli-whv.de
E-Mail: Joachim-Tjaden@freenet.de

Spendenkonto:

Postbank Hannover
Konto Nr. 902894-309
BLZ: 250 100 30
Spendenquittung



Buhmann Busemann

Elternräte kritisieren Kultusminister

(hoa/StER) Ende März fand in Hannover eine Sitzung des Landeselternrats statt. Hier stellte sich der Kultusminister Bernd Busemann den Delegierten der Stadt- und Kreiselternräte aus ganz Niedersachsen. Auch Bernd Rahlf, Vorsitzender des Stadtelternrates Wilhelmshaven, war dort.

Busemann sprach auf der Sitzung über die Schulpolitik in Niedersachsen. *“Die Schulreform wird zum 01.08.2004 zeitgerecht umgesetzt und die verschiedenen betroffenen Verwaltungsstellen wir Kultusministerium und die Bezirksregierungen sind im Zeitplan. Zur Zeit wird den Lehrkräften der aufzulösenden Orientierungsstufen mitgeteilt, an welche Haupt-, Realschule oder Gymnasium sie versetzt werden. In Niedersachsen werden insgesamt 170 Schulen eine Außenstelle bekommen, 135 bei den Gymnasien, 25 bei den Realschulen, eine davon bei der Freiherr-vom-Stein-Realschule* (der Gegenwind berichtete darüber in der Ausgabe 197) *und 10 bei den Hauptschulen.*

Zum Schuljahr 2004/2005 werden die Klassenstärken verändert. Bei der Realschule und beim Gymnasium wird von z. Zt. 30 Schülern auf 32 erhöht und bei den Hauptschulen wird die Zahl auf 26 von 28 abgesenkt. Insgesamt soll die Unterrichtsversorgung bei allen Schulformen (...) auf 100% festgelegt werden. Bei den Sonderschulen kann diese Unterrichtsversorgung nicht gewährleistet werden, da es hier an qualifizierten Lehrkräften fehlt.

Der Minister kündigte für das Schuljahr 2005/2006 ein individuelles Förderkonzept für die Schülerschaft an, außerdem wird es einen neuen Erlass zum sonderpädagogischen Unterricht geben. Als besondere Eckpunkte der Schulpolitik stellte Busemann die zukünftige Einführung der Versetzungen ab Klasse 2 der Grundschulen, die Abschlussprüfungen zur Erlangung von Schulabschlüssen, die Einführung des Zentralabtuts ab 2007, die Einführung bundeseinheitlicher (?) - (vermutlich eher landeseinheitlichen) Bildungsstandards in Niedersachsen und die Einführung des Leasingverfahrens für Lernmittel heraus. Ab 2005 wird stufenweise ein Schul-TÜV eingeführt, der die Schulen auf ihre Leistungsfähigkeit und Qualität überprüfen soll. Der Minister kündigte an, dass es bei der Handhabung der beweglichern Ferientage Änderungen geben wird. Es hat sich gezeigt, dass innerhalb einer Kommune unterschiedliche Zeiträume festgelegt wurden und dieses für viele Familien nicht praktikabel ist.

Bis hierher zitierten wir aus der Presseinformation des StER Wilhelmshaven. Ab dann interpretieren wir den StER, der selber zu höflich ist, um zu schreiben, dass Busemann in der seinem Vortrag folgenden Diskussion heftig Wind von vorn bekam. Offenbar gab es kaum einen Punkt der von der Landesregierung und ihrem Kultusminister gepriesenen Reform, der nicht kritisiert worden wäre: Die Erhöhung der Klassenstärken in Realschulen und Gymnasien, die schlechte Unterrichtsversorgung an den Sonderschulen und die Abschaffung der Lernmittelfreiheit stießen auf Kritik. Auch über den Vortrag Busemanns hinaus gab es Unmut. So bemängelten die Elternvertreter die Verschlechterung bei den

Vollen Halbtagschulen, die schleppende Einführung der Ganztagschulen und die Streichung der Förderstunden.

“Unser” Elternsprecher Bernd Rahlf wandte sich gegen die geplante Kürzung bei den Beratungslehrern. 40% der Anrechnungsstunden für BeratungslehrerInnen sollen entfallen, kleinere Schulen sollen gar keinen Anspruch auf Beratungslehrerstunden mehr haben. Rahlf wies den Kultusminister darauf hin, dass angesichts zunehmender Drogenprobleme und wachsender Mobbing- und Gewaltfälle an Schulen in diesem Bereich nicht gespart werden dürfte. Busemann begründete die Kürzung mit leeren Kassen und hoffte auf die Lösung dieser Probleme durch die gesamte Lehrerschaft.

Einen weiteren Kritikpunkt an der Schulpolitik der Landesregierung, der bei der Sitzung des Landeselternrates offensichtlich nicht zur Sprache kam, bringen zwei Sander Erzieherinnen in einem Leserbrief (“WZ” vom 12. März) vor: Für die Sprachförderung von Kindern, die die deutsche Sprache nicht so gut beherrschen, dass sie dem Unterricht an der Grundschule folgen können, soll kein zusätzliches Geld aufgewendet werden, sondern es werden dafür Stunden für Arbeitsgemeinschaften gestrichen. Wörtlich heißt es in dem Leserbrief von Isabell Bruns und Sabine Stephan: “Die Folgen für unseren Einzugsbereich: Arbeitsgemeinschaften für ca. 90 SchülerInnen werden ersatzlos gestrichen”, und sie nennen als Beispiel den Schwimmunterricht für die vierten Klassen. Ihre Kritik richtet sich nicht gegen die Sprachförderung der sprachhauffälligen Kinder an sich, sondern dagegen, dass er im letzten Moment (kurz bevor die Kinder in die Schule kommen) und von Lehrkräften, die den Kindern unbekannt sind, durchgeführt wird. Ihr interessanter Vorschlag lautet, dass diese Förderung im Kindergarten durch ErzieherInnen, die sich dafür qualifizieren können und wollen, durchgeführt werden sollte.

Bald wird Gelegenheit sein, Busemann die Kritik an seiner Schul“reform” selber zu sagen. Wir zitieren wieder den StER:

“Der Stadtteilrat Wilhelmshaven hat den Kultusminister am Donnerstag, den 13. Mai 2004 um 19.00 in der Aula des Gymnasiums am Mühlenweg zu einer öffentlichen Veranstaltung mit anschließender Diskussionsrunde zu Gast. Zu dieser Veranstaltung, die mit der freundlichen Unterstützung des Wilhelmshavener Landtagsabgeordneten Dr. Uwe Biester (CDU) zu Stande kam, sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.”

Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

Termine:

Frühstück

Sonntag - Freitag

09.30 - 11.30 Uhr

Mittagstisch

Montag - Freitag

12.00 - 13.00 Uhr

bitte anmelden

Der Secondhandladen

Montag - Freitag

10.00 - 12.00 Uhr

Die Kinderbetreuung

an allen Öffnungstagen

10.00 - 12.00 Uhr

Öffnungszeiten

Café MüZe:

Sonntag - Freitag

9.30 - 13.30 Uhr

Die Welt wartet nicht auf uns

Start der Informationsoffensive zum JadeWeserPort

(red) Das Planfeststellungsverfahren zum Bau des JadeWeserPort läuft an. Anfang Mai werden die Antragsunterlagen für alle BürgerInnen zur Einsichtnahme ausgelegt. Auf dem ersten von mehreren geplanten Informationsabenden der Hafenentwickler gab es inhaltlich kaum Neues, Probleme und Widersprüche wurden auch im anschließenden Freibier nicht ertränkt.

Helmut Werner, Geschäftsführer der JadeWeserPort Gesellschaft, stellte das Projekt und die anstehenden Verfahrensschritte der laufenden Planfeststellungsverfahren vor, wozu er statt der angekündigten 30 etwa 90 Minuten benötigte. Die anschließende Diskussion wurde von WZ-Chefredakteur Jürgen Westerhoff moderiert. Werner wiederholte zunächst die Standortvorteile eines Containerhafens am Jadefahrwasser. Er räumte ein, dass auf nationaler und internationaler Ebene noch viel Arbeit bevorsteht, um Kunden zu akquirieren: "Die Welt wartet nicht auf uns."

WES BROT ICH ESS'

Helmut Werner hatte sich früher als Vertreter der Cuxhavener Hafenwirtschaft für einen dortigen Containerhafen und gegen entsprechende Planungen in Wilhelmshaven eingesetzt. Jetzt darauf angesprochen, sagte er, er hätte es "zum guten Teil aus Überzeugung gemacht", andererseits hatte er nur die Alternative, "als der Cuxport verfolgt wurde, entweder mitmachen oder ..."

Von Privatfinanzierung keine Rede mehr

Von der anfänglich versprochenen überwiegenden Privatfinanzierung der Gesamtkosten von 900 Mio. Euro ist keine Rede mehr. Werner lobte, dass die frühere SPD-Landesregierung das Hafenprojekt "gepuscht" habe. Auch für die jetzige CDU/FDP geführte Landespolitik sei der Hafen **DAS** Infrastrukturprojekt. Durch Medienberichte geschürte Zweifel an der Finanzierbarkeit seien unnötig; das Land nehme dafür Streichungen in anderen Bereichen in Kauf. (Anm. d. Red.: U. a. will die Landesregierung über 6.000 Stellen im Landesdienst streichen, des Weiteren gibt es drastische Kürzungen vor allem in den Bereichen Bildung, Soziales und Naturschutz). Das Land muss ein Darlehen von 60 Mio. Euro aufnehmen.

Komfortable Lärmelastung

Die ankommenden Container werden durch kleinere Schiffe (Feeder), LKW oder Bahn abtransportiert. Je nach Anteil von Feeder- und Bahntransport fahren dann zwischen 980 und 1.800 LKW täglich vom Terminal durch die Stadt. Die An- und Abfuhr erfolgt über 24 Stunden, wobei das meiste tagsüber rollen soll.

Die berechnete Lärmelastung wird in Rüstersiel, Coldewei und Himmelreich nachts die Grenzwerte erreichen oder leicht überschreiten. In gut zwei Kilometer Entfernung vom Terminal stellen die Ergebnisse für Helmut Werner "im Vergleich zu vielen anderen Plätzen eine wirklich komfortable Situation" dar.

Sorgen machten sich Anwohner um Lärm durch Bagger- und Rammarbeiten. Allein 85.000 Tonnen Stahlprofile werden verrammt. Werners Kollege Groenewold beruhigte sie mit der fortgeschrittenen Technik:

"Sie hören nichts davon." Ausnahme seien 2,3 Mio. cbm Ton, die nur durch Eimerkettenbagger ausgekoffert werden können, "aber nur über kurze Zeit". Und: "Eine große Baustelle geht nicht ohne Lärm ab." Laut Werner ist bei den nachfolgenden Gebäudeaufbauten ein höherer Lärmpegel zu erwarten.

Hinterlandkonzept fehlt

Diskussionsteilnehmer aus Sande verlangten, dass die Entwicklungsgesellschaft sich auch mit den zu erwartenden Verkehrs- und Lärmelastungen im Umland beschäftigt. "Die Verantwortung endet an der Stadtgrenze - so einfach kann man sich das nicht machen." Ein Hinterlandkonzept sei erforderlich.

Werner fühlte sich nicht zuständig - die Gesellschaft könne sich nicht um alles kümmern, das sei Sache der Verkehrssträger, die daran verdienen wollten, bzw. des Bundesverkehrsministeriums. Dazu Westerhoff: "Stolpe hat das Problem (bei seinem Besuch in der Region vor einigen Wochen - red.) zumindest erkannt."

Jobmotor Terminal

Hauptargument der Hafen-Befürworter ist der erwartete wirtschaftliche und vor allem Beschäftigungseffekt. Wilhelmshaven hat seit den 1980er Jahren fast 15 Prozent der Bevölkerung verloren. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt 20% unter dem Bundesdurchschnitt, die Arbeitslosenquote beträgt 14,7%. Vor diesem Hintergrund skizzierte Werner die möglichen Beschäftigungsfelder im Containerhafen: Vom Umschlag über Wartung und Reparatur der Terminalgeräte, Lotsen, Schlepper und Festmacher bis hin zur "Würstchenbude" und weiteren Dienstleistungen.

Haarschnitte, bereinigt

Vor einigen Jahren argumentierte unser Oberbürgermeister, vom Beschäftigungseffekt des JadeWeserPorts würden beispielsweise die hiesigen Friseursalons durch geschätzte 5.000 zusätzliche Haarschnitte jährlich profitieren. Menzels haarige Prognose ist mittlerweile selbst als *running joke* ziemlich abgelutscht. Jetzt zog Hafenentwickler Helmut Werner diese Argumentation erneut an den Haaren herbei. Allerdings hielt er 1.500 zusätzliche Haarschnitte für realistischer.

Davon ausgehend, dass auch Arbeitslose sich regelmäßig um die Pflege ihres Haupthaars kümmern, bedeutet zusätzliche Haarschnitte, dass die schnittbedürftigen Arbeitskräfte von außerhalb kommen, hiesige Arbeitslose also nicht vom Jobmotor Jadeport profitieren werden. Haarspalterei?

Die Seeleute der Containerschiffe hat zumindest Werner nicht auf der Rechnung: "Die Kerle haben kaum Zeit, die einschlägigen Häuser zu besuchen." Womit er nicht die Friseursalons meint.

stungen. An erster Stelle stünde die Containerreparatur. Reeder, Spediteure und Makler würden vermutlich erst von Bremerhaven aus agieren.

Jobmotor Hafenwirtschaft

Zurzeit haben wir leider keine vakanten Stellen ... Folgen Sie den Informationen in der Presse über den Fortschritt des JadeWeserPorts, damit Sie sich gegebenenfalls an anderer Stelle bewerben können.

Text im Menüpunkt "Jobs" auf der Homepage der JWP-Realisierungsgesellschaft.

Anfangs sieht Werner 400 - 600 Beschäftigte; mit je 50.000 TEU Umschlag könnte die Beschäftigung steigen bis zu 1.000 - 1.200 Beschäftigten im Jahre 2016. Bei konventionellen Umschlagssystemen (mit weniger Automatisierung) könnten es auch 1.500 Arbeitsplätze werden. Je Arbeitsplatz im Hafen käme noch einer im indirekt profitierenden Bereich hinzu. In 20 - 25 Jahren, "wenn die Flächen voll sind", geht Werner von etwa 30 Arbeitsplätzen pro Hektar Hafenfläche aus - bei 170 ha im Hafengroden wären das 5.100 Arbeitsplätze.

Demgegenüber, erinnerten sich einige Teilnehmer, hatte der Leiter des Stadtplanungsamtes im vergangenen Jahr von 168 Arbeitsplätzen gesprochen, Schätzungen der Antiport bewegen sich in ähnlicher Größenordnung. Werner findet das lächerlich. Moderator Westerhoff hielt Schätzungen beider Seiten für "tollkühn".

Die Antiport schlug vor, in die Betreiberkonzession eine Klausel über zugesicherte Arbeitsplätze aufzunehmen. Werner: "Ich werde einen Teufel tun, solche Dinge hier im Detail öffentlich zu diskutieren."

Niedersachsens Häfen müssen sparen. In den kommenden vier Jahren soll der Zuschuss für die 15 Häfen des Landes von derzeit 33 Millionen Euro auf die Hälfte gesenkt werden. Die Beschäftigten-Zahl werde, so (Wirtschaftsminister) Hirche, durch natürliche Fluktuation von jetzt rund 770 auf 700 reduziert. Kündigungen werde es aber nicht geben, versicherte Hirche, der zugab, die Pläne hätten unter den Mitarbeitern jüngst Unruhe ausgelöst.

Aus: Privatisierung der Häfen soll Kosten senken, WZ vom 30.03.04

Zweifel bleiben bestehen

Mitglieder der Antiport haben sich intensiv mit Zahlen und Fakten zum nationalen und internationalen Containerverkehr beschäftigt. Sie sehen wenig positive Auswirkungen für die Stadt Wilhelmshaven. So hat die EUROGATE im letzten Jahr 529 Mio. Euro umgesetzt, aber nur 1,29 Mio. Euro Steuern bezahlt. Werner entgegnete, wesentlich wäre, was die Firmen neu in die Suprastruktur investieren.

Zweifel bestanden auch, wo Wilhelmshaven angesichts einer fest gefügten Verteilung der Containerverkehre in der Nordrange (Rotterdam, Antwerpen, Bremerhaven) die prognostizierten Container herbekommen wolle. Der Standortvorteil Tiefgang sei nicht entscheidend, weil die Schiffe hier nach diversen Zwischenstationen nicht mehr voll beladen ankommen.

Schließlich die Gretchenfrage: "Wie sicher sind Sie, dass der Hafen überhaupt gebaut wird?" "Sehr, sehr sicher", entgegnete

Werner, ganz sicher sei man nach Abschluss des Konzessionsvertrages mit dem zukünftigen Betreiber.

Ein Sprecher der BUND-Kreisgruppe und Sachverständiger der Antiport fasste zusammen, weshalb das Vertrauensverhältnis zwischen Hafenwirtschaft und kritischen BürgerInnen von Anfang an gestört war: Es wurden unrealistische Zahlen zu Umschlagsmengen, Tiefgängen oder Arbeitsplätzen genannt und später relativiert, und es wurde polarisiert und polemisiert - "statt sich mit unseren Argumenten auseinander zu setzen."

Unwiederbringliche Verluste

Die Hälfte von 800 langjährigen Campern hat den Campingplatz am Geniusstrand bereits verlassen. Vorausgegangen war eine abweisende Behandlung durch die Stadt bzw. die Tourismus- und Freizeit-GmbH. Mit dem Freizeitwert gehen auch städtische Einkünfte und beträchtliche Kaufkraft für Handel und Gastronomie im Stadtorden verloren. Camper Werner Remmers bedauerte, dass für die 800 Camper, die teilweise aus ganz Europa herkamen, keine Alternative im Umland gesucht wurde. Einigkeit bestand, dass sich die Camper, die bereits dem Standort den Rücken gekehrt haben, nicht zurückgewinnen lassen. Für den Aufsichtsrat der WTF entschuldigte sich SPD-Ratsherr Gabriele: Die Umgangsformen gegenüber den Campern ließen wirklich zu wünschen übrig.

Alles für die Kinder

Werner beschwerte sich, die Hafengegner hätten keine Alternativen zum Projekt. "Die Herren der Initiativen (Es sind auch eine Menge Damen dabei! - red), können Sie Ihren Kindern später in die Augen gucken und sagen, wir haben alles für euch getan?" Dem wurde entgegengehalten, die Voslapper Kinder "des Wassers" würden später auch fragen, warum sie nicht mehr ans Wasser könnten.

Viel Aufwand gegen örtliche Skepsis

Werner erinnerte, dass "gegen die örtliche Skepsis mit viel Aufwand eine Machbarkeitsstudie" erstellt wurde. Andererseits will er "dazu stehen in dieser Republik", dass Kritikern demokratische Wege der Einflussnahme einschließlich Klagerecht offen stehen.

In der Diskussion ließ Werner sich dann allerdings wieder zur gewohnten Polemik gegenüber Mitgliedern der Bürgerinitiative gegen den Jadeport (Antiport) hinreißen. Ein Bürger, der durchaus großes Interesse am Hafen signalisierte, beklagte, dass man umgekehrt immer den Antiport-Leuten Polemik vorwerfe. Er sei sehr offen für beide Seiten, Befürworter und Kritiker des Projekts, jedoch habe ihn die große Offenheit und Sachlichkeit der Antiport von Anfang an beeindruckt.

Neben weiteren Informationsabenden plant die Entwicklungsgesellschaft, an verschiedenen Stellen in der Innenstadt Informationsterminals aufzustellen, sowie eine Telefonaktion mit Fragen und Antworten zum Projekt im Mai. Auch in den Nachbargemeinden sollen mit Informationsständen und speziellen Abendveranstaltungen alle interessierten BürgerInnen und Bürger über den JadeWeserPort informiert werden.

Bürgerbeteiligung zum Planfeststellungsverfahren Jade-Weser-Port

Das Planfeststellungsverfahren zum Bau des JadeWeserPort läuft an. Ab dem 3. Mai werden zwölf Aktenordner mit den Antragsunterlagen im Technischen Rathaus und in der Schule Voslapp für jeden Bürger zur Einsichtnahme ausgelegt. Damit geht die Bürgerbeteiligung in die heiße Phase.

Alle BürgerInnen, die von dem Vorhaben betroffen sind, sollten diese befristete Möglichkeit nutzen, auf diesem juristisch vorgegeben Weg ihre Bedenken zu äußern.

Um welches Vorhaben geht es?

Die Maßnahmen, auf die sich das Planfeststellungsverfahren bezieht, sind im Detail den ausliegenden Unterlagen zu entnehmen. Im Wesentlichen sind es

- die Herstellung der Hafenfläche
- die wasserseitige Verkehrsanbindung
- die landseitige Verkehrsanbindung
- Sicherung der Niedersachsenbrücke
- Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Eingriffe in die Natur, die mit dem Vorhaben verbunden sind

Wann + wo liegen die Unterlagen aus?

Die Planfeststellungsunterlagen liegen

vom 3. Mai bis 11. Juni 2004

(jeweils einschließlich)

zur Einsicht aus:

1. Technisches Rathaus

Rathausplatz 9, Erdgeschoss (Foyer)
montags - donnerstags 7.30 - 16.00 Uhr
freitags 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr

2. Schule Voslapp

Tiarksstraße 31, Raum 16
montags - donnerstags 7.30 - 16.00 Uhr
freitags 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr

Einwendungsfrist

Einwendungen gegen das Vorhaben sind innerhalb von zwei Wochen nach Ende der Auslegungsfrist, also bis spätestens

25. Juni 2004

zu erheben. Wird dieser Termin nicht eingehalten, werden die Einwender vom Verfahren ausgeschlossen. Maßgeblich ist das Datum des Eingangs (nicht des Poststempels).

Adressaten der Einwendung

Die Einwendungen sind einzureichen bei der

**Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Nordwest, Schloßplatz 9, 26603 Aurich**

oder einer der Gemeinden, in denen die Planunterlagen ausliegen (z. B. Stadt Wilhelmshaven).

Form der Einwendung

Die Einwendungen sind schriftlich oder (nach mündlichem Vortrag) zur Niederschrift einzureichen.

Die Einwendungen müssen

- Namen und Anschrift des Einwenders enthalten
- das betroffene Rechtsgut bzw. Interesse benennen und
- die befürchtete Beeinträchtigung darlegen.
- Bei Eigentumsbeeinträchtigungen sind möglichst die Flurstücksnummern und Gemarkungen der betroffenen Grundstücke anzugeben.

Was passiert mit den Einwendungen?

Es wird ein Erörterungstermin stattfinden, bei dem die erhobenen Einwendungen behandelt werden.

Die Einwender werden benachrichtigt, wann der Erörterungstermin stattfindet (vermutlich im September 2004) und wie über die Einwendungen entschieden wurde. Gibt es mehr als 50 Einwender, kann die Benachrichtigung durch eine öffentliche Bekanntmachung erfolgen.

Die Einwender sollten persönlich oder durch einen Vertreter am Erörterungstermin teilnehmen, da sonst auch ohne sie verhandelt wird.

Ausnahmen von der Einwendungsfrist

Sind nachteilige Wirkungen des Vorhabens nicht voraussehbar, können Ansprüche auch nach Ablauf der Einwendungsfrist noch geltend gemacht werden.

Wer wird noch beteiligt?

Außer den BürgerInnen werden z. B. auch Behörden, Naturschutz- oder Wassersportverbände und andere prüfen, inwiefern die von ihnen vertretenen Interessen durch das Vorhaben beeinträchtigt werden.

Familien in die Innenstadt

Projektwerkstatt "Stadtumbau West" in Wilhelmshaven

(iz) Am 22. und 23. April trafen sich im "Oceanis" über 60 VertreterInnen von Kommunen aus ganz Deutschland, die wie Wilhelmshaven einen starken Strukturwandel verzeichnen und in das Projekt "Stadtumbau West" eingebunden sind. Diese dritte Projektwerkstatt widmete sich der Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung, die der Vermittlung des Prozesses an die Akteure dienen sollen.

Zur Präsentation der Ergebnisse hatten sich Dr. Wolfgang Preibisch (für das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungs- wesen als Veranstalter), Dr. Fokke Schomburg (Nds. Sozialministerium) sowie Oberbürgermeister Eberhard Menzel und Michael Witt (Leiter Stadtplanungamt) bereit gemacht. Die Beobachtung der Arbeitsgruppen im Vorfeld ließ Spannendes erwarten. Leider widmete sich das Pressegespräch dann eher allgemeinen Informationen zum Projekt, konkrete Erkenntnisse und Ideen aus dem Workshop kamen nicht zum Vorschein. Auch war der Raum inmitten der "Lounge" schlecht gewählt, der Geräuschpegel vom Mittagsbuffet schaffte eine wenig konzentrierte Atmosphäre.

Laut Preibisch zeigte sich die Notwendigkeit zum Stadtumbau zunächst in den neuen Ländern, zeitgleich gab es aber Hinweise, dass auch im Westen der Republik, u. a. im Ruhrgebiet, etwas passieren musste.

Träger der Projekte sind jeweils die Kommunen. Sie erhalten Zuwendungen, mit denen sie arbeiten können. Bis 2006 stehen Wilhelmshaven 3,75 Mio Euro zur Verfügung, in einer Mischfinanzierung von Bund, Land, Stadt und Wohnungsbaugesellschaften. Laut Preibisch soll das Programm ab 2005 unbefristet weiterlaufen, so dass dauerhaft Projekt- mittel verfügbar sind. Die Städte, die jetzt schon im Programm sind, genießen weiterhin Priorität. Allerdings wird überprüft, wie effektiv die Kommunen mit den Fördermitteln umgehen. Ein detaillierter Bericht ist jeweils Grundlage für die Entscheidung über weitere Mittel für die nächsten Jahre.

Aktuelle Ziele sind, so Preibisch, die Pilotprojekte "weiter zum Laufen zu bringen", den Erfahrungsaustausch der beteiligten Kommunen zu fördern und weitere Workshops zu veranstalten. Durch Öffentlichkeitsarbeit sollen die BürgerInnen "ins Boot geholt" werden. Preibisch hält es für wichtig, das Wohnen für Familien wieder in die Innenstädte zu bringen. Wie die Stadt Wilhelmshaven das bewerkstelligen will, war leider nicht in Erfahrung zu bringen. Solange z. B. weitere Grund-

schulen geschlossen und überwiegend neue Senioreneinrichtungen geschaffen werden und weitere Neubaugebiete sich vom Stadtrand aus ins Umland fressen, ist kein Wandel erkennbar.

Schomburg kam aufs Thema zurück: Eine offene Diskussion sei erforderlich, der Meinungsbildungsprozess müsse mit den Bürgern stattfinden. Gab's das hier nicht schon mal - Agenda 21, Stadtteilbild? Witt versprach auf unsere Anfrage, die Ergebnisse der lokalen Agenda 21 in das Projekt einfließen zu lassen. Hier hatten sich viele Akteure bereits mit Fleiß auch mit den Themen Wohnen und Wohnqualität befasst. Die Ergebnisse aus der Schublade zu holen, könnte die Akteure neu motivieren und das Projekt wesentlich voranbringen.

Menzel fragt sich bei 9.000 Berufs-Einpendlern täglich, warum diese nicht in der Stadt wohnen. Sein erklärtes Ziel ist, u. a. mit einer Agentur, Neubürger zu gewinnen. Seine große Hoffnung ist (Überraschung!) der Jade-WeserPort, der "alle Augen auf Wilhelmshaven ziehen wird". Richtig scheint sein Ansatz, dass "Wasser ein einzigartiges Pfund dieser Stadt" ist, mit dem sie wuchern muss, zum Beispiel durch Nutzung des frei gewordenen Geländes an der Wiesbadenbrücke.

Eine andere Möglichkeit wäre, den Schrumpfungsprozess, sprich Verlust bzw. Stagnation der Bevölkerung, zu akzeptieren und zukünftige Planungen darauf auszurichten. Dieser Option will man sich in Wilhelmshaven offensichtlich noch lange nicht stellen.

Immerhin haben die Wohnungsbaugesellschaften sich schon einiges ausgedacht, um vorhandenen Wohnraum auf neue Bedürfnisse auszurichten. Witt nannte Angebote wie "Service im Alter" oder "Junges Wohnen" auf Siebethsburg und Wohnraum für Studenten oder allein erziehende Mütter in FGroden. Trotzdem steht der Abriss vorhandener Bausubstanz weiter auf der Tagesordnung. Privatbesitzer z. B. von erhaltenswerten Altbauten ins Boot zu kriegen, wurde von allen Podiumsvertretern als schwierig erachtet. Mit finanziellen Anreizen seien nur Teilerfolge zu erzielen. Man kann Eigentümer, die ihre Gründerzeitbauten spekulativ dem Verfall preisgeben, nicht einfach enteignen, aber es gäbe sicher andere, kreative Wege, um sie "ins Boot zu kriegen".

Auffallend war, dass auf dem Podium keine Frau zu Worte kam, wie auch besondere Ansprüche von Frauen an die Stadtplanung zumindest in diesem Kreis nicht thematisiert wurden. Hier besteht wohl noch deutlicher Nachholbedarf.

Der Strukturwandel in deutschen Städten ist Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe von "Geo" (Mai 2004). Im dort aufgestellten Ranking kommt Wilhelmshaven nicht gut weg. Menzel will die Grundlagen der Bewertung überprüfen lassen.

Clyde's Restaurant

Tagesgerichte
Steakspezialitäten
"der heiße Stein"
flambierte Gerichte
Pasta, Pizza, uvm.



Clyde's Restaurant

Bahnhofstr. 22
Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 506876

Qualitätswein von der Fa.
"Das Weindepot"

Öffnungszeiten:
Dienstag - Samstag ab 18 Uhr
Sonntag ab 10 Uhr: Frühstücksbuffet
Montag Ruhetag

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70



Günstiges Baugeld

Zins p.a.: 4,60 % bei
100 % Auszahlung

Zinssatzfestschreibung: 10 Jahre
anfänglich effektiver
Jahreszins: 4,70 %

Zins p.a.: 5,05 % bei
100 % Auszahlung

Zinssatzfestschreibung: 15 Jahre
anfänglich effektiver
Jahreszins: 5,17 %

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

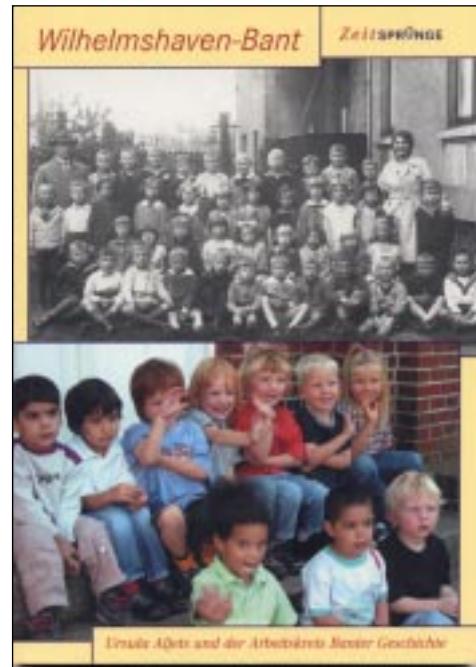
ROCK FISCH
MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT
Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

neue bücher

Ursula Aljets und der Arbeitskreis Banter Geschichte: Wilhelmshaven-Bant

(noa) Bant ist 125 Jahre alt. "WZ"-Leser wissen es genau. Zu diesem Anlass haben Ursula Aljets und der Arbeitskreis Banter Geschichte das Buch Wilhelmshaven-Bant herausgegeben. Ich habe es mir nach der Lektüre der Buchbesprechung in der "WZ" gekauft.

Als Zugereiste (seit 26 Jahre fühlte ich mich als "Neu-Wilhelmshavenerin") wollte ich mich über die Geschichte dieses Stadtteils informieren. Die Titelseite des Buches erinnert ein bisschen an ein modernes Schulbuch, und ich dachte wohl, darin gebe es viel zu lernen. Das erwies sich dann jedoch als Irrtum. Ich habe darin nichts gelesen, was ich nicht schon aus der "WZ" und aus anderen Veröffentlichungen Wilhelmshavener Autoren wusste. Wem es wie mir darum zu tun ist, etwas über Stadt(teil)geschichte zu lesen, sollte das Geld anders anlegen.



Aufgeteilt in sieben Kapitel, davon fünf über die Banter Ortsteile Belfort, Sedan, Metz, Neubremen und Kopperhörn, davor "Am Anfang stand der Untergang", zum Schluss "Menschen im Wandel der Zeit" folgt das Buch dem Motto "Zeitsprünge": Fotos von "damals" und heute sind einander gegenübergestellt. Die alten Bilder sind fast alle wunderschön, nicht nur wegen der schönen Häuser und Stadtansichten, sondern auch gut fotografiert. Die neuen Bilder sind nur zum Teil gut aufgenommen; einige sind unter-, einige überbelichtet, einige sind verschwommen. Die Motive dieser Bilder gibt es zum Glück ja noch und können im Original angeschaut werden (wenn sie es denn wert sind).

17,90 Euro sind eine Menge Geld für ein schmales Bändchen. Ja, der Druck ist nun mal teuer, wenn auf jeder Seite Bilder sind, aber wären die Bilder alle gut fotografiert, wäre der Druck auch nicht teurer gekommen, der Preis wäre aber nicht so ärgerlich. Was sollte ich nun mit dem Buch anfangen?

Da kam einen Tag später mein Partner aus dem Urlaub zurück. Ihm schenkte ich das Buch. Er stammt aus Bant und sah sich sofort die alten Bilder an. Und da kamen Erinnerungen hoch: Im Jade-Bad hat er viele schöne Tage verbracht. 30 Pfennig Eintritt (als er 14 wurde, 50 Pfennig), und er konnte den ganzen Tag im Schwimmbad verbringen! Das waren noch Zeiten!

"Schau dir das mal an! Ganz so viele Leute haben in unserem Werfthaus nicht gewohnt, aber wir wohnten zu sechst darin. Und Mutter lebte während des Krieges mit elf weiteren Leuten zusammen darin!" Damals war das Dachgeschoss nicht ausgebaut, geschweige denn isoliert, und beheizbar war die Schlafkammer oben auch nicht. Man konnte zwischen den Dachpfannen hindurch den Himmel sehen. Im Winter lag auch schon mal eine dünne Eisschicht auf dem

leserbriebe

Vor 18 Jahren am 26. April passierte die Reaktorkatastrophe bei Tschernobyl in der Ukraine. In den Städten Gomel und Minsk und in den Dörfern von Weißrussland muss man sich umschauen, um zu erkennen, was ein nukleares Desaster bedeutet.

So schrecklich der monströse Terrorangriff am 11.9.2001 in den USA war, so ist er doch nicht mit einem atomaren GAU zu vergleichen:

Überall auf der Welt, wo Atomtests stattgefunden haben, wo Wiederaufbereitungsanlagen stehen, die immense Mengen von Trinkwasser verseuchen und vor allem wo Atombomben abgeworfen wurden, sind die Menschen noch nach vielen Jahren krank, siechen in jahrelangem Quälen dahin, sind Kinder und Jugendliche weit davon entfernt, voll leistungsfähig zu sein. Tot- und Fehlgeburten sowie Babies mit schwersten Behinderungen gibt es dort auch nach vielen Jahren immer noch. Das gilt für Nevada (USA), für Kasachstan, für viele pazifische Inseln genau so wie für den Irak, wo die USA schon 1991 uranhaltige Bomben abgeworfen haben.

Der deutsche Tropenarzt und Epidemiologe Dr. Siegwart-Horst Günther hatte 1991 die höchst gefährlichen Spätfolgen von den DU-Geschossen (DU - depleted uranium - abgeriechertes Uran) bei seinen Untersuchungen im Universitätskrankenhaus in Bagdad gesehen. Er fand besonders bei Kindern und Säuglingen schwere Nieren- und Leberstörungen, Krebs sowie genetische Schäden. Letztere sind besonders schlimm, da sie irreversibel, das heißt unumkehrbar sind.

Nachdem bei US-amerikanischen und britischen Kriegsteilnehmern und ihren Kindern die gleichen Krankheitsbilder auftraten, war



Federbett!

Auch an die Bäckerei Stößer erinnert sich mein Partner noch genau, allerdings nannte seine Familie sie immer noch "Bäckerei Walther" - wahrscheinlich hatte sie ursprünglich so geheißen und hieß für seine Eltern bis zum Schluss so.

Auch in dem Lebensmittelladen an der Ecke Genossenschaftsstraße/Eisenbahnstraße kaufte er noch ein, "aber ob es zu meiner Zeit noch ein Konsum war, weiß ich nicht mehr." Und am Banter Markt gab es nicht nur eine Schlachterei, sondern auch einen Fischladen und ein Lebensmittelgeschäft.

So verbrachten wir ein Stündchen zusammen damit, in Erinnerungen zu schwelgen und von früher zu erzählen, und damit hat sich der Kauf des Buches am Ende auch für mich gelohnt! (noa)

für Dr. Günther und viele andere Wissenschaftler der Zusammenhang klar!
Und diese uranhaltige Munition gehört zur Standard-Bewaffnung der US-Truppen!!

Dieselbe tödliche Bedrohung lagert auch in Deutschland in Form von 68 Atombomben des Typs B61. 58 davon liegen in Ramstein, Rheinland-Pfalz, einem US-amerikanischen Flugplatz. Die übrigen 10 sind in Büchel in der Eifel, in der Nähe von Cochem an der Mosel. Büchel ist ein deutscher Flughafen. Dort üben deutsche Tornado-Piloten den Einsatz, um im Kriegsfall irgendwo auf der Welt die verbrecherische Bombenlast auf zivile Städte und Dörfer abzuwerfen.

Damit verstößt die BRD eklatant gegen den Nichtverbreitungsvertrag von 1968, der 1975 in Kraft trat. Darin heißt es in Art. 11: "Die BRD verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen...."

Im 2+4-Vertag, der die deutsche Einheit ermöglichte, heißt es fast wortgleich. Daran ändert auch die Einbindung in das kollektive Sicherheitsbündnis NATO nichts.

“Freiheit ist ein Geschenk Gottes an alle Menschen”, sagt George W. Bush. “Als größte Macht der Erde haben wir die Pflicht, der Freiheit zum Sieg zu verhelfen.” Schauen wir mal nach Vietnam, Afghanistan, Irak, Kongo - überall, wo Erdöl und andere Bodenschätze zu finden sind. Da muss man doch fragen, ob die Freiheit, sich des Reichtums anderer zu bedienen, die gleiche “Freiheit” der betroffenen Völker ist?

Die Iraker, Palästinenser und andere mit Waffengewalt um eben dieser zweifelhaften Freiheit willen unter die Besatzung der USA zu zwingen, bedeutet die Menschenwürde der Betroffenen mit Füßen zu treten, sie permanent zu erniedrigen - und sie zum Widerstand herauszufordern

Mit Hochmut wird nur Hass gesät. Eine solche Politik ist unausgegoren und primitiv. Leider zeigt Europa mit der neuen EU-Verfassung, dass es auf dem besten Weg ist, dieser ignoranten Politik der immer noch größeren Keule, der immer noch teuflischen Waffe zu folgen.

Und was, wenn die Falschen sich dieser Waffen bedienen und zurückschlagen?
HELPEN WIR DOCH MIT, EUROPA DAVOR ZU BEWAHREN !

Elisa Kauffeld
Am Pelzershamm 18
26419 Sillenstede

AUFSTEHN, DAMIT ES ENDLICH BESSER WIRD!

Berlin, Regensburg, Dortmund, Chemnitz, Pa-
Mülheim an der Ruhr, Mannheim, Ingolstadt
Bremen, Recklinghausen, Hamburg, Köln, Fr
Dresden, Schwerin, Magdeburg, Nürnberg,

Leuna, Panenburg, Erfurt,
Marl,
en u.a.

auch
am 1. Mai

DGB

am Pumpwerk
in Wilhelmshaven

Beginn: 11.00 Uhr

Es reden:

Dorothee Jürgensen

DGB - Kreisverbandsvorsitzende WHV

Bernhard Witthaut

Vorsitzender Gewerkschaft der Polizei in Niedersachsen

Anschließend das Maifest
mit vielen Infos, Aktionen und der Band

Blue Tales